

Die Gefahr des „totalen Krieges“

Szenarien für die Beendigung des Ukrainekrieges werden in der Literatur seit Längerem diskutiert. Kriege enden entweder durch eine vollständige Niederwerfung der einen Seite oder auf dem diplomatischen Weg des Verhandlungsfriedens. Doch die Kunst des Friedensschließens ist den großen Mächten schon im Ersten Weltkrieg abhandengekommen. Erst recht gilt dies für den Zweiten Weltkrieg. „Unconditional Surrender“ war damals die Parole, bedingungslose Kapitulation, und Joseph Goebbels verkündete 1943 den totalen Krieg. Durch Hitlers Verzicht auf Politik, durch seine Weigerung, abzutreten und den Krieg zu beenden, hat der deutsche Diktator eine politische und moralische Katastrophe ohnegleichen und die Beinahe-Debellatio Deutschlands heraufbeschworen. Wenn derzeit Blaupausen für eine Nachkriegsordnung der Ukraine entworfen werden, lohnt es, sich einige grundlegende Betrachtungen zu Krieg und Frieden ins Gedächtnis zu rufen.

Das Ziel von Kriegen besteht darin, den Gegner zur Erfüllung des eigenen Willens zu zwingen. Seit siebzehn Monaten versucht Wladimir Putin dies in einem brutalen Akt der Gewalt ohne Erfolg. Woldemyr Selenskyj und das ukrainische Volk haben in ihrem heldenhaften Abwehrkampf unsere ungeteilten Sympathien und zudem die umfassende militärische Unterstützung der Nato-Mitglieder auf ihrer Seite. Die Erkenntnis von Carl von Clausewitz, dass die Anwendung des Aktes der Gewalt keine Grenzen kennt, lässt Schlimmstes befürchten. Der französische Philosoph Raymond Aron hat den Krieg einst mit einem Kartenspiel verglichen. Es erfordere Mut, aber zugleich eben auch die Fähigkeit zur Berechnung des Risikos, das die Wahrscheinlichkeiten des Zufalls einschließt. Kriegen wohnt immer die Gefahr inne, dass sie zum „absoluten Krieg“ (Clausewitz) eskalieren, vor allem, wenn das Gesetz des Handelns den Händen der Staatschefs entgleitet. Die Bilder von der Belagerung Bachmuts und Mariupols geben eine beklemmende Vorstellung von den damit einhergehenden Grausamkeiten. Auch Hitler hatte bis Ende 1941 die Illusion vom begrenzten Krieg gehegt.

Die Gefahr der Ausweitung des Krieges ist zudem immer dann besonders groß, wenn ein Verzicht auf Diplomatie stattfindet. Kriege sind eine umfassende beiderseitige Willensprobe. Im Zentrum steht nach Aron die Dualität der Kunst zu überzeugen und der Kunst zu zwingen. Strategie bringt Diplomatie und Militärstrategie zusammen. Der Verzicht auf Strategie indes führt dazu, dass die Gesamtführung der militärischen Operationen wirkungslos bleiben muss. Auch das psychologische Element darf nicht unterschätzt werden. Besiegt ist nur, wer sich für besiegt erklärt. Das Risiko einer weiteren Ausweitung des Krieges sollte Anlass

Kiew tut sich schwer mit der Gegenoffensive. Doch ohne Diplomatie bleibt als Szenario weiterhin nur der Kampf bis zur völligen Niederwerfung einer Seite. Das Problem: Wer „besiegt“ ist und wer nicht, ist nicht zuletzt eine Frage der Psychologie

ULRICH SCHLIE



genug sein, die diplomatischen Anstrengungen zu steigern. Denn nur Diplomatie kann zu einem Ende des Krieges führen.

Vergessen scheint auch Jean-Jacques Rousseaus Einsicht, dass der Krieg keine Beziehung von Mensch zu Mensch, sondern vielmehr nur von Staat zu Staat beschreibe, in der der Einzelne nicht als Mensch zu anderen Menschen in Feindschaft stehe. Diese Einsicht bedeutet, dass bald nach Kriegsende alle Anstrengungen auf eine Wiederbelebung der Kontakte nach Russland gerichtet sein müssen. Für Putin ist der Ausgang des Krieges längst zur Frage des persönlichen Überlebens geworden. Am Beginn des Krieges standen gravierende Fehleinschätzungen, die für ihn zum strategischen Desaster geworden sind. Seine Fehleinschätzungen bezogen sich auf die gegnerischen Kräfte, den ukrainischen Selbstbehauptungswillen und auch den Zusammenhalt der Atlantischen Allianz. Je länger der Krieg andauert, desto größer die Gefahr, Putin könne Hitlers Fehler wiederholen und die Brücken zur Zivilisation so weit abbrechen, dass für ihn selbst eine Rückkehr an den Verhandlungstisch nicht mehr möglich sein wird.

Wie aber könnte eine Nachkriegsordnung – mit oder ohne Putin – aussehen? Und worauf müssen wir uns einstellen, wenn wir dann den Frieden auf

absehbare Zeit sichern wollen? Zunächst gilt: Kriege vertiefen die Heterogenität des Staatensystems. Die Welt vor 1914 war multipolar und weitgehend homogen, die Welt nach 1945 bipolar und homogen, die Zukunft, in die wir gehen, wird multipolar und sehr heterogen sein. Die Rechtsordnung, die nach dem Ende des Ukrainekrieges zu schaffen ist, wird zudem den gleichen Bauprinzipien folgen, die für die Welt des Völkerbundes und der Vereinten Nationen nach 1945 gegolten haben. Das System der Vereinten Nationen bleibt auf absehbare Zeit stark geschwächt. Diese zunehmende Heterogenität wird das Denken in Rechtssystemen nicht erleichtern. Schon der Briand-Kellogg-Pakt von 1928 hat nur deklamatorisch die Ächtung des Krieges als Instrument der Politik gebracht, nicht aber den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vermeiden können. Russland hingegen wird auf absehbare Zeit ein strategisches Problem für künftige Ordnungsversuche bleiben. Die Abwendung der Gefahr einer militärischen Eskalation bleibt weiter auf der Tagesordnung.

Deshalb wird die Frage der Sicherheitstsgarantien neben den territorialen Regelungen über die künftige Gestalt der Ukraine im Zentrum der Friedensverhandlungen stehen. Dies kann auf ganz unterschiedliche Weise erfolgen: Treuhandgebiete, entmilitarisierte Zonen, Truppenstationierung, Mitgliedschaft in Nato und – in weiterer Ferne – auch EU. Zonen unterschiedlicher Sicherheit waren in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ganz wesentlich für den Zusammenbruch der Friedensordnung nach 1918. Die Logik der Nato-Osterweiterung war die Grundlage für die frühe Aufnahme der ostmitteleuropäischen Reformstaaten in die Nordatlantische Allianz. Es ist schwer vorstellbar, dass sich die Ukraine mit einer Neutralitätslösung wie Österreich 1955 abfinden könnte.

Die wirksamste Sicherheitsgarantie bleibt die Mitgliedschaft in der Nato, nicht zuletzt, um den folgenreichen diplomatischen Fehler der sybillischen Schlussformel von Bukarest 2008 zu korrigieren, wonach Georgien und die Ukraine eines Tages Mitglied der Nato sein werden. Wenn die Ukraine aber bald Mitglied der Allianz und Gegenstand umfangreicher Transferleistungen der EU sein wird, wird die gesamte Erweiterungspolitik der EU neu zu definieren sein. Die gegenwärtigen Ereignisse auf dem Balkan sind erst die Vorboten eines viel tiefer greifenden Umbruchs.

Eine Strategie des Westens für einen künftigen Frieden muss sich danach ausrichten, die politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und psychologischen Faktoren und den technologischen Wandel in seinen Auswirkungen auf die Fragen von Krieg und Frieden neu aufeinander zu beziehen. Vor allem Fragen der Verteidigung müssen neu bestimmt werden und sind heute so aktuell und prekär wie zuletzt in den 1950er-Jahren. Wohin einseitige Abhängigkeiten und fehlende strategische Analysen führen, haben wir in der deutschen Russland- und Energiepolitik auf schmerzliche Weise erfahren müssen. Zeitenwenden sind Wende- und Neuorientierungszeiten, insbesondere mit Blick auf die strategische Ausrichtung und neue Wege der Diplomatie. Nur so wird es gelingen, den prekären Frieden zu bewahren.

■ Ulrich Schlie ist Historiker und Henry-Kissinger-Professor für Sicherheits- und Strategieforschung an der Universität Bonn. Bis 2014 war er Abteilungsleiter im Bundesverteidigungsministerium.